

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Gnit.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Wie Solinger Unternehmer die Frauarbeit auszunutzen verstehen

Ein Solinger Fabrikant — nennen wir ihn U. — beschäftigt eine Frau E. Diese Frau arbeitet schon über ein Jahr an einer Drehbank, an der früher ein Dreher stand. Der machte 12 Millimeter Larfe und 12 Zentimeter lange Volzen mit Kopf, täglich 200 Stück. Für das Hundert gab es 3,50 M. Der Dreher verdiente also täglich 7 M. Dann wurde er zum Militär eingezogen und Frau E. angeleitet. In den ersten Tagen machte die Frau keine brauchbare Arbeit; nach dem dritten Tage ging es schon besser. In 14 Tagen brachte die Frau schon auf 175 Volzen täglich. Nach der dritten Woche machte sie ebenfalls 200 Stück den Tag. Die Frau hat nach drei Wochen die gleiche Leistung des Drehers erreicht. Wir geben zu, daß das Anlernen nicht immer so schnell von statten geht wie in unserm Beispiel. Das nimmt aber der nachfolgenden Berechnung nichts von ihrem Werte.

Nach drei Wochen erzielte die Arbeiterin dieselbe Leistung wie früher die männliche Arbeitskraft. Die erhielt aber den Tag 7 M. Die Frau erhält dagegen nur 3 M. Nach dem alten Abschlag brachte die Frau täglich nur 86 Volzen zu machen, denn es gab für den Volzen 3/2 S. 3/2 x 86 = 301. In den ersten Tagen brachte Frau E. allerdings nicht viel fertig; immerhin aber doch durchschnittlich jeden Tag 15 Stück. In Accord würde die Arbeiterin 52 1/2 S. den Tag verdient haben. Sie erhielt aber 3 M. und der Fabrikant verlor jeden Tag 2,47 1/2 M. Weiter gingen dem Fabrikanten für 2 M. Material verloren. Die Drehbank braucht Kraft, auch ist der Verschleiß der Maschine zu berechnen. Der Dreher machte täglich 200 Volzen. An dem einzelnen Volzen war für den Fabrikanten nach allen Abzügen ein Verdienst von 2 1/2 S. geblieben. Ziehen wir, um den Unternehmer sicher nicht zu benachteiligen, den Verdienst auf die in den ersten Tagen von Frau E. glücklich fertiggebrachten Volzen nicht in Betracht, so kann man seinen beim Anlernen der Frau entstandenen Verlust folgendermaßen berechnen:

Zuschuß zum Taglohn	2,47 1/2 M
Verlust an Material	2 — "
Früherer Verdienst 200 x 2 1/2 S	5 — "
Kraft für Drehbank	0,50 "
Verschleiß	1 — "
Zusammen 11,27 1/2 M	

Diesen Verlust brachte der Unternehmer aber nur drei Tage zu tragen. 3mal 11,27 1/2 = 33,82 1/2 M.

Durch den Fleiß der Frau wurde aber dieser Verlust von 33,82 1/2 M sehr schnell ausgemerzt. Nach 14 Tagen machte die Frau täglich 175 Volzen, in Accord hätte die Arbeiterin 175mal 3 1/2 S. = 6,12 1/2 M. verdient. Die Frau erhielt aber nur 3 M. Dadurch verdiente der Unternehmer 3,12 1/2 M. Aber im Vergleich mit der Leistung der männlichen Arbeitskraft ging dem Unternehmer noch immer ein Verdienst von 72 1/2 S. verloren, denn der Dreher erarbeitete dem Fabrikanten einen Verdienst von 200mal 2 1/2 S. = 5 M. die Frau dagegen 175mal 2 1/2 S. = 4,27 1/2 M. Für diesen verlorenen Verdienst hielt sich der Fabrikant an dem billigen Arbeitslohn der Frau E. schadlos. Rechnen wir die Einbuße des Fabrikanten in Höhe von 72 1/2 S. von dem ab, was er der Frau im Vergleich mit dem alten Accordpreis weniger bezahlte, so verblieb dem Unternehmer ein Sondergewinn von 2,40 M. Er hätte 4,27 M. an den Volzen verdient, 3,12 1/2 M. an Arbeitslohn gespart, so daß nach den ersten 14 Tagen ein täglicher Ueberschuß von 7,40 M. zu verzeichnen war, also 2,40 M. mehr als früher.

Nach der dritten Woche hatte die Frau die Leistung des Drehers erreicht, so daß der Fabrikant zu dem früheren Verdienst von 5 M. am Arbeitslohn 4 M. sparte, mithin einen Ueberschuß von 9 M. den Tag hatte. Nach der 16. Woche verlangte Frau E. einen höheren Lohn. Sie bekam darauf 3,50 M. 13 Wochen hatte die Arbeiterin bei gleicher Leistung wöchentlich 18 M. erhalten. In den 13 Wochen verdiente der Unternehmer 78 mal 9 M. = 702 M. Wenn die Arbeiterin durch das Anlernen dem Fabrikanten in den ersten 12 Tagen einen Verlust von 12mal 11,27 1/2 M. = 135,30 M. verursacht hat, so verdiente der Unternehmer dennoch 702 weniger 135,30 M. = 566,70 M. Bei der männlichen Arbeitskraft wäre für den Fabrikanten in 15 Wochen 90mal 5 M. = 450 M. herausgekommen. Mithin verdiente der Fabrikant in den ersten 15 Wochen an der Arbeit der Frau E. 116,70 M. mehr als bei der männlichen Arbeitskraft.

Nach längerer Zeit wurde die Frau rebellisch; sie forderte einen höheren Lohn. Da heißt es: das geht aber nicht. Wir haben sie anlernen müssen, das verdorbene Material, die Arbeit des Anlernens hat so viel gekostet, daß an eine höhere Lohnzahlung nicht zu denken ist. Die Frau bestand auf ihrer Forderung und erhielt nunmehr 3,75 M. den Tag.

Nach einem weiteren Vierteljahr erhebt die Frau neue Ansprüche. Um Zeit zu gewinnen und recht lange etwas an der Frau zu verdienen, heißt es: Wir wollen die Angelegenheit bei der nächsten Lohnung prüfen. Bei der nächsten Lohnung hat man aber noch keine Prüfung vorgenommen. Die Frau wankt todmüde nach Hause! Was nun? Am andern Tage reicht sie ihre Kündigung ein. Die Kündigungsfrist läßt der Unternehmer fast ganz verstreichen, dadurch gewinnt er eine weitere Lohnperiode, dann bietet er der Frau Accord an 2 1/2 S. für den Volzen. Sie können 30 M. die Woche verdienen. Schätzen Sie ein, nehmen Sie Ihre Kündigung zurück. Nach einer halbtägigen Bedenkzeit ist der Handel abgeschlossen. Die Frau verdient jetzt 30 M. für eine Arbeit, wofür der Dreher 42 M. erhielt.

Es handelt sich hier nicht um einen Fall mit willkürlich angenommenen Zahlen, sondern er hat sich tatsächlich so ereignet. Wir wollen jedoch zugeben, daß auch Fälle vorkommen, die nicht so günstig für den Unternehmer liegen. Solche günstigen Fälle stehen aber keineswegs vereinzelt da. Gält man einer solchen Fall dem Unternehmer vor, dann kann man die Antwort hören: Die Arbeit, die die Frau macht, war keine Beschäftigung für männliche Arbeiter, ich hätte schon lange für diese leichte Arbeit Frauarbeit vorgesehen. Die männliche Arbeitskraft ist immer von mir zu teuer bezahlt

Deutscher Metallarbeiter-Verband

An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielsach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte.

Wir ersuchen alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Verbandsstelle zu melden.

Nach § 5, Absatz 6, muß die Anmeldung beim Verband innerhalb vier Wochen nach Entlassung, Beurlaubung oder Abkommandierung zu gewerblicher Arbeit erfolgen.

Es wird allen diesen Kollegen dringend geraten, sich an die Ortsverwaltung ihres Aufenthaltsortes oder an den Vorstand um Auskunft zu wenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

worden. — Als ob ein Unternehmer jemals einem Arbeiter etwas schenke!

Es ist unbestreitbar, daß die Frauarbeit in den verschiedenen Gewerben eine lohnbrückende Wirkung ausüben wird. Wie weit nun das Eindringen der Frauarbeit und die dauernde Festsetzung der Frauen in Berufen, die ihnen bis zum Kriege fremd waren, um sich greift, hängt sehr viel von der Tätigkeit der Unternehmer ab. Aber so viel steht heute schon fest, daß aus den Stellen, die die Frauen und Mädchen während der Kriegszeit eingenommen haben, nach der Rückkehr der Kriegsteilnehmer, die sich früher in diesen Berufen betätigten, den Gewerkschaften mancherlei Streitfälle erwachsen werden. Aber nicht allein diese Gefahr kann eintreten, heute sind schon in unserm Industriegebiet Erscheinungen aufgetreten, die von sehr bedenklicher Natur sind. Bei der Firma Weyersberg, Rirschbaum & Co., ein Betrieb, welcher stark für die Heeresleistung arbeitet, ist es vorgekommen, daß man bei Lohnabzügen bei den Arbeitern mit der Einstellung von weiblichen Arbeitskräften gedroht hat. Es ist aber nicht die obige Firma die einzige gewesen, die auf solche Weise einen Lohnabzug durchdrücken wollte. Es kommen noch andere in Betracht, die aber lange nicht eine solche Bedeutung erlangt haben, wie bei der Firma Weyersberg, Rirschbaum & Co. Hier wird die Frau geradezu als Preisbrückerin des Arbeitslohnes der männlichen Arbeiter benutzt.

Wir haben gegen die Beschäftigung der Frauen und Mädchen nichts einzuwenden, auch nach dem Kriege nicht. Aber die Regel: Für gleiche Leistung gleichen Lohn muß unter allen Umständen in Erfüllung gehen. Solange die Fabrikanten hier kein Entgegenkommen zeigen, können wir beim besten Willen nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß andere Gründe als die Willigkeit der Frauarbeit zugrunde liegen, um unter dem Deckmantel des Krieges die Frauarbeit zu verallgemeinern und dauernd einzuführen. Wir haben mit Vertretern der Behörden über die Beschäftigung der Frauen und Mädchen eingehend verhandelt. Leider mußten wir bei diesen Auseinandersetzungen die Wahrnehmung machen, daß die Vertreter der Behörden nicht zu überzeugen waren, daß die Leistungen der Frauen dieselben seien wie bei der männlichen Arbeitskraft. Deshalb mußte auch bei der Accordarbeit ein vermindertes Arbeitslohn gezahlt werden. Wir geben zu, daß die Vertreter der Behörden, die sich mit diesen Fragen nicht eingehend befaßt haben können, sich noch nicht recht klar sind, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Nach eingehenden Studien wird auch hier manche irrige Auffassung berichtigt werden müssen.

Wenn die Frage der Frauarbeit zur Befriedigung der Allgemeinheit erledigt werden soll, dann müssen Feststellungen über Menge und Güte der Frauarbeit ständig in allen Berufen gemacht werden. Der unvoreingenommene Beurteiler wird dann schon finden, nach welcher Seite das Jünglein der Wage durchschlägt. Wir geben uns auch vorläufig noch der Ueberzeugung hin, daß wir nach solchen Untersuchungen die Behörden auf unserer Seite haben werden.

Im Solinger Industriebezirk sehen wir in den verschiedensten Berufen allmählich die Frauarbeit in der schönsten Blüte erstehen. Die Firma Kronprinzwerk beschäftigt über 400 Frauen und Mädchen. Die Firma Robert Hermes über 100 Arbeiterinnen. Mit der letzteren Firma haben wir einen Tarif abgeschlossen. Den Frauen wird der tarifmäßige Lohn bei weitem nicht bezahlt. Verlangen die Frauen den tarifmäßigen Lohn, dann heißt es: Ihr wollt wohl den Burgfrieden stören? Die Firma Robert Hermes ist eine Schwesterfirma vom Kronprinzwerk in Ohlig. Das Kronprinzwerk in Ohlig zahlt den Frauen 25 bis 40 v. G. weniger als den Arbeitern. Dabei leisten die Frauen dieselbe Arbeit, die früher von den Arbeitern geleistet wurde. Ferner ist Schreiber dieses durch verschiedene Schleifkotten gekommen, in welchen man die Frau vom Mann kaum unterscheiden konnte. Mit genau demselben Schleifanzug stehen die Frauen vor den nassen Steinen oder sitzen an der

Plattscheibe, um Messer, Säheren oder sonstige Stahlwaren fertig zu schleifen oder zu plätten. In der Heimindustrie erhalten Frauen den tarifmäßigen Lohn, wie er in den Preisberzeichnissen niedergelegt ist, bezahlt. Dagegen wird in den Fabrikbetrieben nach dem Gutdünken der Unternehmer ein Lohn gezahlt, der bedeutend unter den festgelegten Preisen steht. Verlangen diese Frauen den tarifmäßigen Lohn, dann „wird der Burgfriede gestört“, der schon lange von den Unternehmern verletzt worden ist. Das kann unmöglich so weitergehen. Die Frauen, die in den Dienst der Industrie treten, die mit der männlichen Arbeitskraft Schulter an Schulter in den Fabrikbetrieben stehen und mit ihren schaffenden Händen Reichtümer über Reichtümer erarbeiten, diese mühten zum Bewußtsein kommen, daß sie auch mit der männlichen Arbeitskraft Schulter an Schulter in den gewerkschaftlichen Organisationen tätig sein müssen. Nur dadurch sind wir in der Lage, allen Mächtschaften der Unternehmer mit dem großen Gewissen entgegenarbeiten zu können.

Wir verlangen für gleiche Leistung gleichen Lohn. Dieses zu erreichen, soll und muß die vornehmste Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder für die Zukunft sein. Die Frauen, die in der Metallindustrie tätig sind, müssen aber ebenfalls ihrer Pflicht gegen die Organisation genügen, nicht allein zahlendes, sondern auch ein tätiges Mitglied werden. Die Kollegin in Fabrik und Werkstatt muß über ihre Klassenlage aufgeklärt werden. Jede Arbeiterin muß wissen, was sie will. Jenes tiefstraurige Elend der Proletarierinnen in der Textilindustrie soll den Arbeiterinnen in der Metallindustrie ein Ansporn sein, den Ansturm der Unternehmer in der Metallindustrie auf Erniedrigung der Arbeitslöhne zurückzudrängen. K. R.

Gewerbliche Berufslehre

In einer Zeit, wo Millionen Männer auf den Schlachtfeldern hinfallen, andere Hunderttausende oder ebenfalls Millionen für ihre frühere friedliche Berufsarbeit untauglich werden, gewinnt die Frage der Berufsausbildung eine ganz außerordentliche Bedeutung. Jetzt, wo Hunderttausende junger Leute die Schule verlassen, wird die Frage nach ihrer neuen Betätigung zur brennenden Angelegenheit.

Wir können hier von den jungen Leuten absehen, deren Eltern wohlhabend sind und sie einen gelehrten Beruf durch langjähriges Studium erlernen lassen können. Dabei handelt es sich um die goldene Jugend der Bourgeoisie und Aristokratie sowie eines Teiles des sogenannten Mittelstandes. Wir wollen uns hier nur mit dem fernerer Schicksal der proletarischen Jugend beschäftigen und die Frage aufwerfen, ob sie einen gewerblichen Beruf erlernen oder ob sie als jugendliche Arbeiter in die Fabriken gehen oder sonstwo Erwerb suchen soll. Wir stehen nicht an, die Frage ohne weiteres in dem Sinne zu bejahen, daß möglichst das letzte Proletarierkind einen Beruf erlernen, also nicht als ungelerner und herumschweifender Arbeiter, als Handlanger oder Tagelöhner herantwachsen soll. Ungelernte Arbeiter wachsen eben überall heran, in der Stadt wie auf dem Lande. Landwirtschaftlich gelernte Arbeiter erscheinen als ungelernete Arbeiter auf dem städtischen oder industriellen Arbeitsmarkt, desgleichen sonstige proletarisierte häuerliche Elemente; ferner gestrandete Metzger aus allen anderen Berufen und Volkskreisen. Dazu kommt noch der Massenandrang von ungelerten Arbeitern aus dem Ausland, aus wirtschaftlich rückstehenden Ländern, wie Italien, aus Galizien, Rußisch-Polen, Ungarn und aus den Balkanländern. Kulturell tiefliegende und bedürfnislose ungelernete Arbeiter sind das schwere hemmende Übergewicht an den Tüben der gesellschaftlich höherstehenden gelernten Arbeiter, die nicht vorwärts und aufwärts marschieren können, wie es ihr innerer Drang, ihre Bedürfnisse und Wünsche erheischt.

Im Gegensatz zu dem niedrig und gedrückt sich fühlenden ungelerten Arbeiter ist der Berufsarbeiter sich seines eigenen Wertes bewußt, ist er voller Selbstachtung und eigener Verschätzung, ist er mit berechtigtem Arbeiterstolz erfüllt und fordert er vom Unternehmer entsprechende Behandlung und Arbeitsbedingungen. So waren denn auch seit jeher fast ausschließlich gelernte Arbeiter, Berufsarbeiter, die Mitglieder der Gewerkschaften und politischen Arbeiterorganisationen, während von der großen Masse der ungelerten Arbeiter keine oder nur wenige für die Gewerkschaft zu gewinnen waren. Schon bessere Erfahrungen machte man mit den angelernten Arbeitern, den Mittelgliedern zwischen den gelernten und ungelerten Arbeitern, die leichter für die Gewerkschaft als Mitglieder gewonnen werden konnten, da sie sich selbst und mit Recht wirtschaftlich höher einschätzen.

Wenn es keine ungelerten Arbeiter mehr gäbe, so würden ihre Arbeiten eben auch von den gelernten Arbeitern verrichtet, die dann diesen Arbeiten einen höheren innern Wert verleihen und sie so auch lohnender machen würden. Und so würde das ganze Proletariat wirtschaftlich und kulturell gehoben werden können.

Die Proletarierkern, die ihre Söhne und Töchter als jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen des geringen Lohnes wegen in die Fabrik schicken, den sie glauben nicht entbehren zu können, sie sollten sich eben bestreben, auf anern Wege eine entsprechende Schadloshaltung und außerdem noch die Mittel für die berufliche Ausbildung der Kinder zu bekommen. Wo heute bald ungezählte Milliarden für die Kulturzerstörung aufgebracht werden, da sollte auch das Aufbringen von Millionen für die große Kulturarbeit der allgemeinen Berufsausbildung des ganzen Volkes nicht unmöglich sein.

Fredlich, jetzt in der Kriegszeit hört man aus Unternehmerkreisen Stimmen gegen die Berufsausbildung und Verlangen nach der billigen Arbeitskraft ungelerner jugendlicher Arbeiter, welche Stellungnahme auch noch durch anscheinend sachliche Gründe zu rechtfertigen versucht wird. So wird gesagt: der Krieg hat die Industrie einseitig auf den Heeresbedarf eingestellt und diese Verhältnisse sind nicht geeignet für eine erfolgreiche Berufsausbildung. Nur, diese heute einseitig gerichteten Verhältnisse können und werden sich bald wieder ändern, es wird der Friedensbedarf der Bevölkerung wieder überragend und so die Lage für die gewerbliche Berufslehre wieder günstiger werden. Immerhin kommt jene Stellungnahme vor

Unternehmerkreisen gegen die gewerbliche Berufsbildung in der gegenwärtigen Kriegszeit dem Bestreben solcher Proletarierkreise sehr erwünscht entgegen, die ihre Jugend lieber als ungelernete Arbeiter ein paar Mark verdienen lassen wollen, statt daß sie sich alle Mühe geben, mit fremder Hilfe die Möglichkeit für die Berufsbildung ihrer Kinder zu schaffen.

Für die Förderung der gewerblichen Berufsbildung ist schon vor Jahresfrist der preussische Minister des Innern durch einen besonderen Erlass eingetreten und andere Behörden haben selber in diesem Sinne gewirkt. An ihnen liegt es auch, unbemittelten Eltern mit den nötigen Mitteln helfend und unterstützend zur Seite zu stehen, damit sie ihren Kindern eine gute gewerbliche Berufsbildung können zu leisten lassen.

Eine Frage für sich ist die Wahl des Berufs, wobei die Neigungen und Fähigkeiten der jungen Leute wie auch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der einzelnen Gewerbe und Industrien und ihre Aussichten für die Zukunft zu berücksichtigen sind. Die Eltern sollten sich darüber auch in den Gewerkschaften und Arbeitersekretariaten Auskunft holen, wo sie auch näheres über Arbeitszeit, Arbeitslöhne, gesundheitliche Verhältnisse usw. erfahren können.

Ebenso verhält es sich mit der Wahl des Lehrmeisters, wenn man sich einmal für einen bestimmten Beruf entschieden hat. Da gilt es denn, darüber Klarheit zu gewinnen, ob der Sohn zu einem Handwerksmeister oder in einen Fabrikbetrieb in die Lehre gegeben werden soll. Ist auch hier die Entscheidung getroffen, so soll man sich darüber erkundigen, welcher Betriebsinhaber mit seiner eigenen Berufsbildung, seinen sonstigen persönlichen Eigenschaften, seinen Betriebsbedingungen, mit den vorliegenden Arbeiten usw., die beste Bürgschaft für eine tüchtige berufliche Ausbildung der jungen Leute bietet. In Großbritannien kommt in Betracht, wie der Lehrgang organisiert, ob und welche Personen sich mit der Ausbildung der Lehrlinge zu beschäftigen haben usw.

Über alle diese Fragen verbreitete sich auch eine feinerzeit im Berliner Vorwärts veröffentlichte Zuschrift, in der es heißt:

„Die Lehrstellenvermittlungen sind trotz des Krieges bereits in voller Tätigkeit, um die zu Eltern aus der Schule kommenden Knaben in Lehrstellen unterzubringen, vorab im Handwerk. Diese Vermittlungsstellen sind uneigennützig, von den besten Absichten geleitete Einrichtungen. Sie haben mit der Zeit auch etliche praktische Erfahrungen gewonnen, die ihnen jedoch heute noch vielfach fehlen. Die Informationen über die Aussichten, die die einzelnen Berufe ihrem Nachwuchs bieten, rühren meist von den Obermeistern der Innungen und anderen Sachwaltern der nach Lehrlingen verlangenden Handwerksmeister her, und sind mitunter einseitig der Nachfrage der Innungs- und Vereinigungsmitglieder nach Lehrlingen angepaßt.

Die Eltern und Vormünder müssen jedoch bei der Berufswahl recht vorsichtig sein. Die Ergründung eines Gewerbes hat nur dann Sinn und Zweck, wenn das betreffende Gewerbe den von ihm herangebildeten Arbeitern auf die Dauer lohnende Beschäftigung bieten kann. Vielfach wird ein Gewerbe bevorzugt, in dem das Selbstständigwerden möglich ist, ohne besonderes Vermögen. Von solchen Kleinverdiensten ist zu sagen, daß sie leichter in ihnen das Selbstständigwerden ist, um so schwerer ist es, darin selbständig zu sein und zu bleiben. Viele junge Leute werden nach abtierenden Gewerben zugeführt, die sich auf die Ausnützung billiger, williger Arbeitskräfte stützen, die nur Lehrlinge und ganz junge Geheilen oder Gehilfen beschäftigen, denen die älteren tüchtigen Arbeiter aber zu alt, zu teuer und gar als künftige Konkurrenten unbenutzbar sind. Die älteren Arbeiter solcher Berufe haben dann häufige Perioden von Arbeitslosigkeit durchzumachen, werden ab und zu als Rathgeber in ihrem Gewerbe beschäftigt, bis sie ihm schließlich den Rücken kehren und einen anderen Arbeitszweig als Ungelehrte ergreifen müssen.

Eine andere Frage ist, ob der Junge zu dem Gewerbe, das er ergreifen soll, auch geeignet ist. Bei gefundenen, künftigen und intelligenteren Knaben mag das weniger Schwierigkeiten. Bei den folgenden nicht die übergroße Mehrzahl. Wo es sich um die Berufswahl für schwächliche Kinder handelt, muß besondere Vorsicht abzuwalten und der Rat eines Arztes eingeholt werden. Die Stoffe einer ärztlichen Untersuchung dürfen nicht gespart werden.

Dann aber — und das ist nicht minder wichtig, kommt es auf die Betriebsstätte an, in der der Junge seine Lehrzeit zubringen soll. Diese muß man sich zuvor genau ansehen, das heißt sich möglichst darüber vergewissern, ob es sich um eine Verhältnisse oder sonstigen Betrieb mit Geheilen handelt, dem ein tüchtiger, gewisserhafter Meister vorsteht und nicht etwa um eine sogenannte Lehrlingskantine.

Schon die Andeutung dieser Schwierigkeiten zeigt, daß man bei der Berufswahl, wo es sich um die Zukunft der Kinder handelt, nicht übereilt handeln soll. Nun ist die Zahl der Knaben, die zu Eltern aus der Schule entlassen werden, in diesem Jahre nicht geringer als sonst. Infolge des Krieges ist aber die Zahl der als Lehrlingen in Betracht kommenden Handwerksmeister geringer und damit die Auswahl der Lehrstellen beschränkt. Obendrein ist in all den Fällen, wo der Vater des zu Berufswahl bestimmten Knaben im Felde steht und die Mutter allein entscheiden soll, die Entscheidung um so schwerer. Eine ordentliche Lehre erfordert auch allerlei Unkosten. Die Frauen der Kriegsteilnehmer können aber größere Verpflichtungen nicht eingehen. Selbst wenn der Lehrling beim Meister beschäftigt werden soll, dürfte die Aussicht, einen Eifer weniger in der Familie zu haben, nicht ansehenswert sein, jedes Bedenken zu zerstreuen. Bietet sich Gelegenheit, daß der Sohn zum Unterricht etwas beitragen kann, ohne dadurch besonders benachteiligt zu werden, dürfte sie einseitig mäßig gewagt werden. Keinesfalls aber sollte sie dazu verleiten, unüberlegt ein Rechtsverhältnis einzugehen. Auch dieser Krieg muß ein Ende nehmen und dann ist es immer noch Zeit, ein Lehrverhältnis zu beginnen. Besser bis dahin einige Monate zu verlernen, als drei bis vier Jahre Lehrzeit durch Aufnahme eines ungeeigneten Lehrverhältnisses.

Auch in dieser Zuschrift werden die gegenwärtigen Schwierigkeiten der gewerblichen Berufswahl hervorgehoben, die wir nicht beschreiben wollen, die aber unserer Proletarierjugend sehr zum Nachteil gereichen.

Auch geistwundelt wird auf diesem Gebiete. So veröffentlichte die Berliner Ortsverwaltung unseres Verbandes folgende in demnächst folgende Warnung vor zweifelhaften Anzeigen:

„Während der Kriegszeit finden sich eine ganze Reihe Leute, die sich auf die verschiedenste Art Erwerb zu verschaffen versuchen. Es sind nicht immer ganz laute Wege, die da gegangen werden. So ist es mit der einzigen Zeit in einer heißen Tageszeitung ein solches folgendes Beispiel auf:

Drehen lehrt an Zeitpindelbau, auch Frauen, eine Woche, kostet 20.— M. Werkzeugfabrik, Sandberger Straße 97.

Unsere Nachforschungen haben ergeben, daß diese Zeitpindelbau, Werkzeugfabrik, Sandberger Straße 97, sich in einem Haus befindet, das seit langem leer und verlassen ist. In diesem Hause sind mehrere sogenannte Maschinenbauwerkstätten untergebracht, außerdem eine Holzwerkstatt, ein Schneiderei, ein Anstich und ein Schleiferei, jedoch an einer sehr ungesunden Stelle. Eine der Werkstätten hat auch eine Zeitpindel, doch ist dieselbe schon seit langem nicht mehr in Betrieb, so daß sie eigentlich nicht als Zeitpindelbauwerkstatt bezeichnet werden kann. Wie an dieser Zeitpindelwerkstatt jemand als Dreher ausgebildet werden soll, ist ganz klar, denn alle Betriebsbedingungen hierzu fehlen vollständig. Das aber die Ausbildung gar in einer Woche möglich wäre, ist nicht möglich und wohl in der Ausbildung nur ersucht, um Leute

anzuladen, die glauben, gewissermaßen im Schnellzugtempo sich die Fertigkeiten des jetzt während des Krieges so stark begehrten Drehers anzueignen.

Einige in dieser Werkzeugfabrik beschäftigten Lehrlinge, die aber schon fast bei Jahren sind, zeigen auch, daß die Aussicht auf die Erlernung des Drehens innerhalb acht Tagen in das Reich der Fabel gehört, denn sie sind schon länger als eine Woche dort beschäftigt, ohne auch nur die Elementarabgriffe des Dreherberufes erfaßt zu haben.

Merkwürdig bleibt trotz alledem, daß sich erwachsene Leute finden, die auf Ankündigungen, wie sie obiges Inserat enthält, hereinfallen. Wie die Tatsachen zeigen, haben sich tatsächlich einige Leute gefunden, die auf Grund des Inserats sich als Dreher mitbringen lassen wollten.

Wir möchten an dieser Stelle dringend warnen, auf solche Inserate einzugehen. Man kann dabei sein Geld verlieren ohne irgendwelche Vorteile dabei zu erlangen. Man kann höchstens um eine Erfahrung reicher werden, und das ist allerdings auch ein Vorteil.

Wer sein Geld nicht zum Fenster hinauswerfen will, beachte Inserate solcher oder ähnlichen Inhalts wie oben angegeben, nicht. Solche Vorkommnisse, wie überhaupt alle Verhältnisse, mahnen, wie schon gesagt, zur Vorsicht und die Proletarierkreise sollten daher ebenfalls in der Gewerkschaft und auf dem Arbeitersekretariat über die verschiedenen kleinen und großen Betriebsinhaber sachverständige Auskunft holen, ehe die Wahl des „Lehrern“ getroffen wird.

Aber soweit wie nur möglich Berufsbildung für unsere gesamte Proletarierjugend, die auch im Vorteil unserer wirtschaftlichen Zukunft liegt. Je tüchtiger und leistungsfähiger die Arbeiterschaft, desto schneller wird sich das deutsche Wirtschaftsleben nach dem Kriege wieder erholen und desto befriedigter werden sich auch die Arbeits- und Lohnbedingungen, die ganzen Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiterklasse gestalten.

Die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in der Metallindustrie

Wie die Frauenarbeit, hat auch die Vermendung der jugendlichen Arbeiter eine stark steigende Zunahme erfahren. Begünstigt wurde dies durch die fortschreitende Automatisierung und Leistung der Arbeit. Die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter stieg von 1 024 143 im Jahre 1904 auf 1 528 573 im Jahre 1913; das ist eine Steigerung von rund 48 v. H. Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen stieg im gleichen Zeitraum von 84 598 auf 156 635, rund 85 v. H. und die Zahl der männlichen jugendlichen Arbeiter stieg von 74 721 auf 143 307 oder um rund 99 v. H. Die Zahl der weiblichen Jugendlichen können wir hier außer Acht lassen. Auf die hauptsächlichsten Landesteile verteilt, ergab sich folgendes Bild:

	1904	1913	mehr	v. H.
Preußen . . .	52532	96869	44337	rund 84
Bayern . . .	6365	12851	6486	= 102
Sachsen . . .	9943	21331	11388	= 116
Württemberg . . .	5680	10843	5163	= 91
Baden . . .	4412	8008	3596	= 81

Diese Zahlen entstammen den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und berücksichtigen daher nur die diesen unterliegenden Betriebe. Einschließlich der in den handwerksmäßigen Betrieben beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge erhöhen sich aber die Zahlen noch ansehnlich, doch geben sie auch so ein ungefähres Bild der vor dem Kriege gewesenen Verhältnisse. Erschollen nun vor dem Kriege oft genug begründete Klagen über Beschäftigungslosigkeit und übermäßige Ausnützung jugendlicher Arbeitskräfte, so ist dies unter dem Kriege in noch viel höherem Maße der Fall. Ueber den Umfang der jetzigen Vermendung jugendlicher Arbeiter in den Betrieben der Metallindustrie liegen leider keine ausreichenden Angaben vor. Ihre Zahl ist aber, gewissermaßen an den einzelnen örtlichen Verhältnissen und Beobachtungen, sicherlich ungewehr gestiegen.

Das war die Ursache? Mangel an erwachsenen gelernten Arbeitern infolge der Einberufungen, ferner Einschränkung und Stillstand einer Anzahl Betriebe anderer Industrie- und Gewerbegebiete, deren jugendliche Arbeiter und Lehrlinge in den Munitionswerkstätten maßlos unterlitten. Vielfach wurden in der Aussicht auf höheren Verdienst in der Metallindustrie Lehrverhältnisse in anderen Berufen gelöst oder mußten sonst aufgegeben werden. So namentlich in der Holzindustrie, im Bauwesen, wie auch in den graphischen Berufen. Die lange Dauer des Krieges hat hierbei wesentlich mitgewirkt und an den Mangel an Fortbildungsschulen konnte festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit der fortbildungsschulpflichtigen Arbeiter noch nie eine solche Höhe erreicht hat, wie gerade jetzt.

Wer nicht nur die Aussicht auf vorübergehenden höheren Verdienst in der Metallindustrie lieh die jungen Leute dieser zuströmen. In weiten Kreisen erhofft man für die Metallindustrie nach dem Kriege einen ungeahnten Aufschwung. Diese Hoffnung ist durch die Umstände ja wohl begründet. Begreiflich ist auch, daß deshalb so viele Eltern ihre Sprosslinge in der Metallindustrie unterbringen wollen. So ist denn der Andrang von Lehrlingen zur Metallindustrie zurzeit ganz bedeutend. In der Regel steht den Eltern und den jungen Leuten im Kopf, Mechaniker, Maschinenbauer oder Elektrotechniker zu werden. Es kostet große Mühe, den Eltern und Vormündern begreiflich zu machen, daß der große Andrang zum Schicksal der jungen Leute selbst wird und meistens wird der wohlwollende Berater verlesen, ohne daß die Auffassungen und Hoffnungen über die Lage bei Eltern und Vormündern, wie bei den Fliegergelehrten eine Wendung erfahren hätten. Zusammen mit der Zunahme ungelerneter jugendlicher Arbeiter in der Metallindustrie wird auch die Lehrlingsfrage nach große Schwierigkeiten in der Zukunft bereiten.

Die Haupterschwerung liegt für die Lehrlinge, also mit einem jährlichen Lehrentrag aufgewachsene junge Leute, darin, daß sie bei der starken Überfüllung und der ebenförmigen Spezialisierung der Arbeit nichts ordentliches lernen. Eine Frage, die nicht erst besetzt und gelöst ist. Die anderen jugendlichen Arbeiter werden als Hilfsarbeiter und ungelernete Arbeiter in der Metallindustrie vorwiegend verlesen. Sie werden durch ihre Anzahl und ihre geringen Lohnansprüche auf den Arbeitsmarkt drücken. Das ist eine Gefahr, über die man sich auch nicht mit der Hoffnung hinwegsetzen kann, daß nach dem Kriege in anderen Industrie- und Gewerbegebieten wieder reiches Leben einzeln wird, so daß auch dort wieder Arbeiter in größerem Maße gesucht werden.

Wären dieser reinen Lohnfrage, wie sie von unserm gewerblichen Standpunkt am nächsten liegt, dürfen wir aber auch die wirtschaftliche Seite der Frage nicht übersehen, die zunächst ganz allgemein einen weiten Niedergang der Lebenshaltung für die Bevölkerung bedingt und in dem hier eintretenden Mangel an tüchtigen gelernten Arbeitern eine Gefahr für unsern wirtschaftlichen Fortschritt bringen wird. Die Industrie wird sich, besonders auch nach dem Kriege, auf die hochqualifizierten, gelernten Arbeiter vornehmlich stützen müssen, so sehr auch Automatisierung und Arbeitsteilung die Erzeugung zunehmender Mengen und wertvoller Arbeiter erfordern mag. Die Ausbildung der Lehrlinge hat in der langen Kriegszeit Schaden gelitten. Ferner sind durch die Bestimmungen des Landesrates die Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen zum Zwecke der Landesverteidigung abgeschwächt worden. Die daraus folgenden Bedenken können durchaus nicht unterschätzt werden und zeigen hat denn auch der Berliner Gewerkschaftsrat, Dr. Bender, ausgeprochen, daß der Schutz der Arbeiterinnen und Jugendlichen, der jetzt nicht in der notwendigen Weise gepflegt werden könne, nach dem Kriege eine große Bedeutung verdienen. Im Ratgeber für Jugendvereinigungen veröffentlichten Kaplan Kähler in Dülmen (Südwestf.) unter der Überschrift „Eine Kriegsgefahr für unsere jungen Arbeiter“ persönliche gemachte Beobachtungen und kritisierte

dann tödlich, nachdem er darauf hingewiesen, was zum Wohle der Jugend eigentlich zu geschehen habe. Demgegenüber haben sich auch im Laufe der letzten Monate in dem Arbeitsleben unserer Jugend vielfach Verhältnisse herausgebildet, die für die Gesundheit, besonders der jüngeren Jahrgänge, und damit für die spätere Kraft unserer Volk eine außerordentliche Gefahr werden können. Was uns Jungen wesentlich durch die paar Stunden der militärischen Vorbereitung oder des Turnens oder des Wanderns gewinnen, das verlieren jetzt manche von ihnen auf der Arbeitsstelle doppelt und dreifach. Anforderungen, die über die Arbeitskraft eines Vierzehnjährigen oder Sechzehnjährigen weit hinausgehen, werden jetzt gestellt, ob das irgendwie dringender Notstand vorläge.

Und an anderer Stelle:

„Wie sollen wir später tüchtige Arbeiter haben, wenn wir jetzt mit den Kräften der jungen Mannschaft solchen Haubbau treiben, wo es sich ganz gut vermeiden läßt?“

Statt daß man die so geschädigten Verhältnisse von den zuständigen Staatsstellen genügend erkannt worden wären, trotz und andern das bayerische Kultusministerium im März 1919 eine Entschließung, daß bei Besuchen der Arbeitgeber um Befreiung ihrer Lehrlinge vom Besuche der Fachschulen die zuständigen Organe in weitestgehender Weise zu verfahren hätten. Es sollte in allen Fällen, in denen ein nachweisbares Interesse des Arbeitgebers vorliegt, den Disziplinierenden entgegenkommen werden. Die Vorstände und Lehrer der Fachschulen sehen der Entlohnung und hierdurch geschaffenen Verhältnisse mit zunehmender Besorgnis entgegen. Die Inanspruchnahme von Disziplinen ist außerordentlich stark und zu einem guten Teil übertrieben worden.

Wenn unter Berufung auf die Kriegslage davon abgesehen werden muß, die Zahl der Lehrlinge in einzelnen Betrieben, um ein auffälliges Mißverhältnis besteht, zu verringern, so darf aber zu der dadurch verursachten Gefahr einer mangelhaften Ausbildung nicht noch eine weitere kommen. Eine Gefahr würden wir abganz bestimmt darin, wenn die Lehrlinge vom Besuch der Fachschulen zurückgehalten oder befreit werden. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat unter dem 24. Juni 1919 einen bemerkenswerten Erlass zu der Frage der gewerblichen Fortbildungsschule herausgegeben. Es handelte sich damals um Fortsetzungen zur Verlängerung der Lehrzeit, denen der Minister entgegenstand. In bezug auf die Fortbildungsschule sagte dann der Minister wörtlich:

„Wenn zur Begründung eines Vorgehens gemäß § 130a, Abs. 3 der Gewerbeordnung auf die angebl. durch die Fortbildungsschule bewirkte Beeinträchtigung der Meisterlehre hingewiesen wird, so ist demgegenüber zu bemerken, daß der Fortbildungsausschritt vielmehr indem er beugt, dem Schülern Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, deren sie für ihren gewerblichen Beruf dringend bedürftig zu deren Aneignung die Werkstatt des Lehrers in der Regel keine Gelegenheit bietet, eine unentbehrliche Ergänzung der praktischen Lehre bildet, die dadurch nicht gefährdet, sondern gefördert und vertieft wird.“

Ueber die Bedeutung der gewerblichen Fortbildungsschule vom Standpunkte der Gewerkschaften sind nur wenige Worte zu verlieren. Der Unterricht in solchen Schulen ist, wie die preussische Handelsminister treffend ausführte, eine unentbehrliche Ergänzung der Meisterlehre. Die Bedeutung dieser Ergänzung wird auch dort erkannt, wo die berufliche Ausbildung der Lehrlinge ein ganz besondere ist. So sagte im Jahre 1911 der Generaldirektor der Aktiengesellschaft L. Löwe, Dr. Waldschmidt, in bezug auf ihre eigenen Lehrlinge:

„Und weil sie in der Werkstatt nicht selbst den theoretischen Unterricht finden können, so haben wir hierfür noch eine besondere Lehrlingschule eingerichtet. Dort lassen wir die Lehrlinge nicht erst spät abends, wenn sie ermüdet und nicht mehr aufnahmefähig sind, sondern an einem vollen Tage der Woche von morgens bis nachmittags um 4 Uhr, acht Schulstunden lang, unterrichten.“

Sehr häufig aber leidet die Lehrlingenausbildung an dem Mangel richtiger Arbeit. Das trifft besonders jetzt zu. In einer Reihe von Berufen ist die Tatsache zu verzeichnen, daß Meister Lehrlinge beschäftigen, denen selbst die nötige Arbeit zum Fortkommen mangelt. Sehr selten haben solche Meister andere als Hilfsarbeit zu machen. Daß dabei der Lehrling nichts lernen kann, ist klar. Die durch die Kriegsarbeit bedingte Einseitigkeit, verbunden mit den bisher schon vorhandenen Mängeln, lassen die gewerbliche Fortbildungsschule zu einer zwingenden Notwendigkeit und jede Befreiung der Lehrlinge vom Besuche zu einer Gefahr für diese werden. Diese Gefahr wird um so größer, je länger der Krieg dauert. Für eine kürzere Zeit wäre der Zustand ja wohl erträglich, bald wird aber der Mangel an drei Jahrgängen umfallen und um so bedenklicher werden die Folgen.

Angesichts dieser Verhältnisse müssen sich die Gewerkschaften allen Ernstes gegen Befreiungen vom Besuche der gewerblichen Fortbildungsschulen wenden. Wenn die Arbeiter, wegen deren die Lehrlinge vom Fortbildungsschulbesuch befreit werden sollen, untergeordnete sind, daß sie von Lehrlingen im ersten Jahre geleistet werden können, dann können diese Arbeiter auch unbedingt von Frauen geleistet werden, unter denen ja schon eine größere Arbeitslosigkeit herrscht. Sind aber die Lehrlinge des ersten und zweiten Lehrjahres schon so ausgebildet, daß sie den Unternehmern unentbehrlich sind, dann ist die Forderung einer drei- oder gar mehrjährigen Lehrzeit sachlich völlig unbegründet. Die Befreiungsgelüste für Lehrlinge vom Besuche der Fortbildungsschule bezwecken eine Einsparung von Arbeitslohn auf Kosten und zumteilenden Schaden der Lehrlinge. Die mit Kriegsaufträgen bedachten Unternehmer vertragen es aber sehr wohl, Arbeiter und Arbeiterinnen einzustellen und anzulernen, um damit auf die Bedürfnisse einer späteren Zeit auch gebührende Rücksicht zu üben.

Die Frage der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, namentlich der Metallindustrie, bedarf einer besonderen Berücksichtigung, meines Erachtens sogar einer gesonderten Behandlung. Da nun zuerst auch an anderen Orten und in anderen Landesteilen die gleichen Verlegungen der Unternehmer unterliegen durch die Behörden sind, so sei hierauf besonders aufmerksam gemacht. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, dort, wo Verhältnisse der hier bezeichneten Art sich vorfinden, der Schulbehörde unsere Stellung zu der Frage zu unterbreiten und, soweit es sich mit der Landesverteidigung vereinbaren läßt, auf Abhilfe zu dringen.

Zu fordern wäre folgendes:

1. Lehrlinge im ersten Lehrjahre sollen überhaupt nicht vom Schulbesuch befreit werden.
2. Lehrlinge der weiteren Jahrgänge sollen nur dann freigelassen werden, wenn dafür eine ganz offensichtlich militärische Notwendigkeit spricht und auch dann nur, wenn für solche Lehrlinge kein Ersatz möglich ist, sei es durch Arbeiter oder Arbeiterinnen. Wegen letzterer Frage sind die gemeindlichen Arbeitsämter zu befragen.
3. Die Befreiung wäre dann zu verweigern, wenn die Zahl der Lehrlinge sich zur Zahl der beschäftigten Geheilen in einem zu starken Mißverhältnis befindet.

Da die Arbeitervereinigungen vielfach aufgehoben sind, wäre noch zu empfehlen, alle Fälle besonders scharf und übermäßiger Ausnützung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter den zuständigen Verwaltungsstellen zu melden, um so möglichste Abhilfe zu schaffen. So wird es möglich sein, schon jetzt den größten Ausmaß zu steuern; nach dem Kriege wird uns die ganze Frage noch weit eingehender zu beschäftigen haben.

Unser Verband in der 35. Kriegswoche

In nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 35. Kriegswoche dargestellt.

Trotz erfolgreicher Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Brixen, Löhren, Neustadt i. S., Alfeld, Gröfenthal, Stendal, Langenbrunn, Carhagen, Gummersbach, Friedrichshagen, Serrach, Zweibrücken und Wammingen.

Übersicht über die Zeit vom 12. bis 18. März 1916.

Table with columns: Nr., Berichterstattung, Mitgl. d. Verbands, etc. Summary of membership and financial data for the week of March 12-18, 1916.

Zusammenfassung der im Laufe der Woche Zugeretzten und Neuaufgenommenen. Ein abschließend der im Laufe der Woche Zugeretzten und Neuaufgenommenen.

In der Berichtswche fanden (außer Berlin) 1068 Neuaufnahmen statt. 1973 Mitglieder wurden zum Geer einberufen, nur 9 weniger als in der Vorwoche.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2442, blieb also im Verhältnis zur Mitgliederzahl mit 1,1 v. H. wiederum unverändert.

Krank waren 8973 Mitglieder gemeldet oder 1,7 v. H. der Mitglieder gegen 4053 oder 1,8 v. H. der Mitglieder der Vorwoche. Krankenunterstützung wurde 13069 M. ausbezahlt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 9. April der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. April 1916 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet.

Der Verwaltungsstelle Bochum für die 2. Klasse 10 g die Woche. Der Verwaltungsstelle Kötthen i. Anh. für die 1. und 2. Klasse je 10 g die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rübstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rübstraße 16a; auf dem Postadsschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Berichte

Metallarbeiter.

Brandenburg a. S. Aus dem Bericht in der letzten Mitglieberversammlung über das verfloßene Jahr war zu entnehmen, daß trotz des Krieges und „Burgfriedens“ im Innern die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht geruht hat. Schon deshalb nicht, weil es „Gemeinschaft“ gibt, die der Meinung sind, daß der „Burgfriede“ nur von den Arbeitern gehalten werden muß, so ungefähr wie ihn die Deutsche Arbeiterzeitung versteht. Im Laufe des Krieges ist der Bundschaft mitgeteilt worden, daß durch die Verteuerung des Materials sowie erhöhte Löhne die Herren sich genötigt sehen, den Verkaufspreis bis über 50 v. H. zu erhöhen. Die Verteuerung des Materials soll nicht bestritten werden, aber von den erhöhten Löhnen sind die Arbeiter nichts gewahrt geworden. Als auf einem Werk die Arbeiter auf diesen Zwiespalt der Natur aufmerksam machten und selbstverständlich — den teuren Verhältnissen entsprechend — einen höheren Lohn verlangten — da war der „Burgfriede“ gebrochen. Bereits im Laufe des vergangenen Jahres sind statt der fehlenden Männer Frauen eingestellt worden, heute sieht man Frauen nicht allein an der Fräs- oder Drehbank, sondern auch am Schraubstock. Wie weit eine Schädigung für die Familie, Staat und Gesellschaft daraus entstehen wird, das werden wir erst gewahrt werden, wenn nach dem Kriege alles wieder ins alte Gleis geleitet ist. Mancher Krieger wird sich wundern, wenn er zurückgekehrt ist und statt der gesunden eine kranke Frau vorfindet. Wenn alle Waren im Preise steigen, so sollte es bei der Ware Arbeitskraft erst recht zutreffen, und wie bereits bemerkt, geben die Fabrikanten bei der Verteuerung ihrer Ware dies als Vorwand an. In den Fabriken hat man sogenannte Leuerungs- oder Kriegszulagen gewährt. Die Zulage kann jeberzeit, bei der geringsten Veränderung der Verhältnisse gestrichen werden, was bereits geschehen ist und dann sind die Herren in der angenehmen Lage, mit den alten niedrigen Löhnen weiterwirtschaften zu können. In einem hiesigen Betriebe wünschten die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes. Diese wurde rund ab geschlagen und ihnen eine Leuerungszulage versprochen, aber so gering, daß die Arbeiterschaft darin eine Verhöhnung erblickte. Als der Herr Direktor meinte, daß die Arbeiter gesonnen waren, ernst zu machen, da schwang man sich endlich dazu auf, die Stundenlöhe zu erhöhen. Aber noch etwas anderes weist darauf hin, daß die Fabrikanten für die Zukunft vorbeugen wollen. Es sind im vergangenen Jahr an einer Arbeit sündlich bis zu 1,25 M. verdient worden, selbstverständlich unter Ansehung von Ansehenslohn. Dieser Verdienst ist allem Anscheine nach den Herren zu hoch erschienen, es werden daher jetzt durch die Betriebsführer und Meister Vorkehrungen getroffen, den Akkordpreis so niedrig anzusetzen, daß höchstens bis zu 1 M. die Stunde verdient werden kann. Wie weit die Arbeiter sich dieses gefallen lassen, wird die Zeit lehren. Die Drohung mit dem Schühengraben hat durch ihre häufige Wiederholung im Laufe der Zeit ihre Wirkung verlohren, aber mit dieser Drohung offenbart sich der vielgepriesene Patriotismus der Herren. Es soll doch der Schühengraben keine Strafanstalt sein, sondern eine Pflichterfüllung bedeuten. Man ist daher mit dieser Drohung recht vorichtig geworden, nur da und dort kommt es vor, daß jemand durchblicken läßt, in der Fabrik sei es doch besser als im Schühengraben. Zur Ehre der Arbeiterschaft sei es gesagt, daß sie den Schühengraben dem niedrigen Verdienst und der damit verbundenen Unterernährung vorziehen. — Im März 1915 traten die Kollegen der Elisabethhütte zusammen, um über die Erhöhung des Stundenlohnes und der Akkordpreise zu beraten. Einmütig beteiligten sich die Wertvereinsmitglieder daran. Eine Kommission, aus unseren Kollegen und denen vom Werkverein bestehend, erhielt den Auftrag, mit dem Leiter zu verhandeln. Der Lohn wurde von 40 auf 60 M. und von 50 auf 70 M. erhöht. Die Akkordpreise wurden im allgemeinen um 15 v. H. und besonders niedrige um 25 v. H. erhöht. Selbstredend liegt es an den Kollegen, darauf zu achten, daß sie zu ihrem Recht kommen. — Auf den Erfassung-Fahrradwerken nahmen die Lohnarbeiter zur Lohnfrage Stellung. Nach mehrmaligen Verhandlungen erhielten sie eine Zulage von 2 M. wöchentlich. In der Schleiferei desselben Betriebes wurden durch Verhandlungen einige Akkordpreissfragen geregelt. Von den Corona-Fahrradwerken ist zu berichten, daß statt der sonst üblichen 4 v. H., diesmal 8 v. H. Dividende verteilt worden sind. — Das Gansa-Brandenburgische Flugzeugwerk sah sich gezwungen, wegen Raummangel nach Bries

überzusiedeln, um Werkstat und Flugplatz zu vereinigen. Für unsere Kollegen und Kolleginnen ist es gerade kein Genuß, etwa dreiwertel Stunden vom Endpunkte der Straßenbahn bis nach Bries in Wind und Wetter morgens hin- und abends zurückzupilgern. Wünschenwert wäre es, wenn die Stadt und Werk die Durchführung der Straßenbahn bis zum Bestimmungsort beschleunigen würden. Am 25. Mai beschloß sich eine Betriebsversammlung mit der Frage eines Tarifabschlusses. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit der Direktion wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, über den im vergangenen Jahr an dieser Stelle bereits berichtet worden ist. — In der Deutschen Nähmaschinenfabrik konnte man an leitender Stelle nicht begreifen, daß bei der steigenden Leuerung aller Lebensmittel und eigenem hohen Verdienst auch die Hilfsarbeiter mehr als bisher verdienen müßten. 35 M. Stundenlohn schlen den Herren ein hoher Lohn zu sein, und zwar bei einer Arbeit, die als nicht leicht und nicht unbeschädlich bezeichnet werden muß. Auf eine Beschwerde der Organisationsleitung am Ort an die Militärbehörde wurde der Lohn auf 45 M. erhöht und die Akkordarbeit eingeführt, so daß wenigstens bis 62 M. die Stunde verdient wurde. — Auf den Brenna-Borwerken (Künderwagenabteilung) beklagten sich die Kollegen, daß die Akkordpreise herabgesetzt worden, daß kein höherer Verdienst erzielt werden könnte. Eine Kommission, gebildet aus den Kollegen genannter Abteilung, verhandelte mit dem Leiter, Herrn Karl Reichstein junior, und erreichte die Zusage, daß die sogenannten schlechtesten Akkordpreise aufgehoben werden sollten, was auch geschehen ist. Zu einem großen Teil wird auf diesem Werke an Seereslieferungen gearbeitet. Daß infolge der Größe des Betriebes nicht alles glatt von statten geht und zu beschiedenen Fragen Stellung genommen werden muß, versteht sich von selbst. Jedoch muß gesagt werden, daß die Leitung versucht, sich der Arbeiterschaft zu verständigen. Selbstredend bleibt es nicht aus, daß dieser oder jener Betriebsführer oder Meister den Versuch macht, aus der Reihe zu tanzen. Hier ist es Pflicht der Arbeiter, auf dem Posten zu sein und nicht krumm gerade sein zu lassen. Auch in diesem Betrieb ist die Frauennarbeit eingeführt. Hier erwacht den Kollegen und Kolleginnen die Pflicht, den Frauen beizustehen und sie aufzuklären. — Bei der Firma C. F. Richter konnte man bis zur Mitte des vergangenen Jahres nicht gut verstehen, daß auch die Schloßer mehr verdienen müßten. Das Ende vom Lied war, daß sich ein Teil von ihnen lobnendere Arbeit suchte. Ueberhaupt ist in Brandenburg von den Fabrikanten in dieser Weise gesündigt worden, und das hat sich recht unangenehm bemerkbar gemacht. Auf dem hiesigen Walzwerk wurden die Arbeiter so knapp, daß sich die Firma genötigt sah, gefangene Russen einzustellen. Nebenbei gesagt, arbeiten bereits in mehreren Fabriken Ausländer. An dem Arbeitermangel auf diesem Werk trägt vielfach die vorantstufliche Arbeitsordnung, die für die Brandenburgische Verhältnisse gar nicht paßt, die Schuld. Dort besteht unter anderem eine vierzehntägige Ründigung und dreimalige Lohnzahlung im Monat. — Mit der Schiffswerft, Maschinenbau und Gießerei Gebr. Wiemann haben wir wenig oder gar keine Streitigkeiten gehabt. Es liegt das zum großen Teil an den Kollegen. Sind sie auf dem Posten, dann werden die Streitigkeiten gewöhnlich — ohne daß sie an die große Glocke kommen — in der Werkstat durch eine Aussprache geregelt. — Mit der Spielwarenindustrie sieht es während des Krieges nicht günstig aus. Hier ist das eigentliche Gebiet der Frauennarbeit. Kurze Arbeitszeit und geringer Verdienst sehen hier oben an. — Ein gegogen zum Militärdienst waren bis zum Schluß des Jahres 1687, mit ihnen wurde auch von Kollegen Weinstämpfen im Juni der bunte Rock angezogen. Eine Reihe braver Kollegen sind bereits gefallen und ruhen fern von der Heimat in fremder Erde. Wir wollen hoffen, daß der Friede nicht allzufern mehr ist und unsere im Felde stehenden Kollegen baldigt zurückkehren.

Rundschau

Zur Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion.

Am 24. März vollzog sich eine Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, indem 18 von ihren Mitgliedern im Gegensatz zu der Gruppe, der sie bisher angehört, eine „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gründeten. Anhänger dieser neuen Gruppe haben zwar versichert, daß eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei nicht beabsichtigt sei, jedoch hat der Braunschweiger Volksfreund bei einer Erörterung der Steuerfrage schon ausgeplaudert, er vertrete den Standpunkt „der Opposition, die sich um die Zeitschrift Die Internationale gruppiert und die sich in den Leitungen der Spartacusbriefe ihr taktisches und prinzipielles Programm gegeben hat“. Ferner habe sich „eine aus allen Kreisen des Reiches besetzte Konferenz dieses entschiedensten Füllgels der Opposition, die in den letzten Tagen stattfand, einmütig zu diesem Standpunkt in der Steuerfrage bekannt. ... Schließlich sei betont, daß die Opposition der bezeichneten Auffassung sich durch nichts gebunden erachtet als durch ihr eigenes taktisches Programm, das die Anwendung der sozialistischen Prinzipien auf die Frage der Zeit darstellt“. Daraus geht hervor, daß es nicht nur bei dieser Abspaltung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bleiben wird, sondern daß — was übrigens auch schon früher kein Geheimnis mehr war — schon seit längerer Zeit Kräfte am Werke sind, die auf eine Spaltung der Partei hinarbeiten, was der eine oder der andere es auch vorläufig noch leugnen. Traglich ist nur noch, wieviele verschiedene Richtungen entstehen und wie diese sich gruppieren werden. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Arbeiterbewegung. Ueber das Endziel — die Demokratisierung der Staatseinrichtungen und die Sozialisierung der Wirtschaft — bestehen kaum Meinungsverschiedenheiten, ebensowenig darüber, daß der Klassenkampf (das Wort in weiterer Sinne genommen) notwendig sei, um das Ziel zu erreichen. Die eine Hauptrichtung geht von dem Gedanken aus, daß vorläufig noch nicht daran zu denken ist, der Kapitalismus habe das Ende seiner Lebensfähigkeit erreicht und daß darum notwendig sei, mit allen Kräften danach zu streben, für die Arbeiterklasse auch unter der gegenwärtigen Wirtschaftsweise soviel Vorteile wie nur möglich zu erkämpfen. Was erreicht wird, könne nur als Vorstufe zu dem gehen, was noch zu erreichen sei. Die andere Hauptrichtung rechnet immer noch mit der Möglichkeit eines baldigen revolutionären Umsturzes und wenn sie die Gegenwartsarbeit wegen der damit verbundenen unzulänglichen Vorteile für die Arbeiterklasse auch nicht förmlich vertritt, so führt ihre mehr oder weniger deutlich veränderte Hoffnung auf einen baldigen Sieg durch „Massenaktionen“, die nicht einmal organisiert zu sein brauchen, doch naturgemäß zu einer Heringschätzung der Gegenwartsarbeit. Ferner gibt es noch etliche Zwischenstufen, je nachdem ihre Vertreter in irgendwelchen Sonderfragen der einen oder andern Richtung zuneigen. Hatten diese Meinungsverschiedenheiten schon seit Jahren das Zusammenarbeiten innerhalb der Partei sehr erschwert, so kam es nunmehr zum offenen Bruch in der Frage der Vaterlandverteidigung. Es ist uns nicht möglich, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen; wir können hier nur die bedauerliche Tatsache feststellen. Spaltung zu einer Zeit, wo Einigkeit am allerwichtigsten gewesen wäre! Gleichwohl stimmen wir nicht in die Klagen ein, die ein großer Teil der deutschen Arbeiterpresse erhebt, denn eine reinliche Scheidung halten wir für ein geringeres Übel als ein noch weiteres Zerbrechen und Verfallern der nun doch einmal vorhandenen Gegenätze. Es ist allerdings leider nicht zu leugnen, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung einen schlimmeren Rückschlag versetzt wird. Damit dieser Rückschlag so gering wie möglich werde, ist für

die Gewerkschaften die Einigkeit notwendiger als je. Die Gewerkschaften haben Gegenwartsarbeit zu verrichten. Die Zeit nach dem Kriege wird ihnen besonders viel Gelegenheit dazu geben. Darum darf in ihren Reihen keine Quertreiberei vorkommen. Wir müssen einig sein gegen alle Bestrebungen, die auf eine Herabsetzung des wirtschaftlichen Aufstiegs der Arbeiterklasse hinauslaufen, sei es unmittelbar oder sei es mittelbar und einerlei, von welcher Seite sie ausgehen mögen, auch dann, wenn die Urheber dieser Bestrebungen nicht die Absicht haben sollten, die Arbeiterklasse zu schädigen.

Die Klärung der Lage wird durch den Kriegszustand erschwert. Es sind jedoch nicht nur die Anhänger der „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ verhinert, auszusprechen, was ist, obwohl gerade sie es am meisten betonen. Hoffentlich geht der Krieg bald zu Ende, so daß niemand mehr sagen kann, er sei durch den Kriegszustand verhinert, seine Meinung zu sagen.

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Der erste Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Genosse Theodor Leipart, konnte am 1. April seine 25-jährige Tätigkeit als Verbandsleiter feiern. Leipart wurde am 1. April 1891 zum Leiter der Vereinigung der Drechler Deutschlands gewählt. Zwei Jahre später wurde der Deutsche Holzarbeiter-Verband gegründet, dem die Vereinigung der Drechler sich anschloß. Im neuen Verbandsrat wurde Leipart zum Vorsitzenden ernannt und blieb dies bis zum Tode des ersten Vorsitzenden Alois im Jahre 1908, worauf Leipart zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde.

Aus den Unternehmerverbänden.

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Die Vereinigung hielt am 25. März in Berlin ihre diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Sie umfaßt 1106 Unternehmerverbände mit 2077800 beschäftigten Arbeitern. Syndikus Dr. Längler teilte den Geschäftsbericht mit. Darauf beschloß die Versammlung sich unter anderem mit der Arbeitsvermittlung und mit der Unterbringung der nach Kriegsende in die Industrie zurückkehrenden Arbeiter. In der Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten stellte sich die Vereinigung erneut einmütig auf den bereits im März des vergangenen Jahres eingenenommenen Standpunkt, wonach die Industrie sich zur Wiederaufnahme ihrer früheren, jetzt kriegsbeschädigten Arbeiter bereit erkläre und ihre freiwillige Mitarbeit an allen Werken der Kriegsbeschädigtenfürsorge zusichere. Die Mitglieder der Vereinigung hätten auch schon während des Berichtsjahres nachbringend an dieser Fürsorgetätigkeit mitgearbeitet. Von den von der Geschäftsführung aufgestellten Leitfäden über die Entlohnung der minderleistungsfähigen Kriegsbeschädigten und über die Arbeitsbeschaffung für diese nahm die Mitgliederversammlung zustimmend Kenntnis.

Franz Bialdyga gestorben.

Am 27. März starb im Krankenhaus zu Breslau der Geschäftsführer unseres Verbandes für den Bezirk Oberschlesien, Kollege Franz Bialdyga, im Alter von 55 Jahren. Der Verstorbene war in Kalibor geboren, erlernte den Formereß und lernte in der Fremde die Arbeiterbewegung kennen. Er wurde erst Mitglied des Bergarbeiterverbandes. Nachdem er wieder in die Heimat zurückgekehrt war, wurde er mehr als einmal gemahregelt, worauf er als Kolporteur das notwendige zum Leben erworb. 1912 wurde er vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zum Geschäftsführer ausgerufen, als welcher er vielen Kollegen in Oberschlesien und im angrenzenden Ausland bekannt geworden ist. 1915 warf ihn ein Lungenerleiden im Verein mit der Zuckerkrankheit aus dem Krankenlager, von dem er nicht wieder aufstehen sollte. Bialdyga hinterläßt eine kinderlose Witwe. Sein Andenken wird von denen, die mit ihm zu tun hatten, in Ehren gehalten werden.

Wer ist Spartacus?

Einige Zuschriften von Bekannten, die ich in letzter Zeit erhalten habe, nötigen mich, zu erklären, daß der seit her unter dem Namen Spartacus zeichnende Verfasser einer Anzahl von Artikeln, die während der letzten zehn Jahre in der Metallarbeiter-Zeitung und in der politischen Tagespresse Süddeutschlands erschienen sind, nicht der Verfasser der „Spartacus-Briefe“ ist, die an Vertrauensleute der sozialdemokratischen Widerheit gesandt wurden und auch in der Berliner Tagewacht erschienen. Der Verfasser dieser „Politischen Briefe“ mit dem Pseudonym „Spartacus“ ist, nach der Berliner Tagewacht, ein sehr links stehender Reichstagsabgeordneter, der in den letzten Monaten viel von sich reden machte und dem auch die Stellung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine viel zu weit nach „rechts“ gehende ist. Daß ein ausgesprochener Desorganisator unter dem genannten Pseudonym zeichnet, ist allerdings kein guter Witz. Spartacus.

Gegen die Lebensmittelkauferei.

Unter dieser Epithete schreibt die Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz in ihrer Nr. 13 vom 28. März folgendes: „Kaffee- und Zuckerkäufer sind gegenwärtig wieder in eifriger Tätigkeit begriffen. Schon wiederholt ist gegen die überzeichliche Vorkauferei mit Lebensmitteln aller Art, in der Annahme, daß diese bald ganz vom Markt verschwinden könnten, Stellung genommen und darauf hingewiesen worden, wie durch das Aufkaufen großer Mengen von Lebensmitteln, die man unter dem Vorwand ausgesetzt hat, durch das Bestreben, immer noch größere Vorräte einzuhäufeln, der Marktverkehr auf das ungünstigste beeinflusst und durch diese Ankäufe zu jedem Preise der Handel geradezu angezogen wird, höhere Preise für die Ware zu verlangen und sich schließlich bisweilen einer Ueberhebung der Höchstpreise schuldig zu machen. In letzter Zeit hatte sich die Kammer namentlich auf dem Zuckermarkt geltend gemacht, obwohl wiederholt betont worden war, daß unsere Vorräte bei vernünftigen haushälterischem Gebrauche bis zur nächsten Ernte völlig ausreichen und eine Verteuerung des Verbrauchsgutes für dieses Verbrauchsjahr, also bis Oktober, nicht zu befürchten ist. Selbst wenn für die neue Ernte 1916/17 ein kleiner Ausschlag eintreten sollte, was durchaus noch nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, so kann doch unmöglich dieser nach sechs bis sieben Monaten vielleicht kommende Ausschlag dazu veranlassen, schon heute einzuhäufeln.“

Auf dem Kaffeemarkt machten sich kürzlich ähnliche unerklärliche Erscheinungen bemerkbar, die zu einer Einschränkung des Kaffeeverbrauchs in Berlin geführt haben, wonach im Kleinhandel Rohkaffee überhaupt nicht mehr und von gebranntem Kaffee nicht mehr als ein halbes Pfund auf einmal an einen Käufer abgegeben werden darf.

In beachtenswerter Weise wird auch in einem Erlaß des jüdischen Ministeriums des Innern gegen die Hauskaffee-Stellung genommen, in dem es heißt: „In letzter Zeit haben viele Haushaltungen sich recht unnötigerweise mit einem größeren Zuckervorrat eingebest. Den Anlaß hat anscheinend die Bundesratsverordnung vom 3. Februar gegeben, die den Preis des von den Rohzuckerfabriken im Berichtsjahr 1916/17 hergestellten Rohzuckers auf 15 M. festsetzt. Diese Verordnung hat aber auf den Zuckerverbrauch mindestens bis zum Herbst keinen Einfluß, so daß mit einem Steigen des Kleinhandelspreises im Sommer nicht zu rechnen ist. Dagegen kann das auch für den einzelnen ganz unwirtschaftliche Ankaufen von Vorräten in den Haushaltungen dazu führen, daß unsere für den Bedarf durchaus ausreichenden Vorräte im Sommer für den wichtigsten Verwendungszeit knapp werden. In diesem Falle würde auf die in den Haushaltungen angesammelten größeren Vorräte zum Nutzen der Allgemeinheit zurückgegriffen werden. Denen, die jetzt eigenwütige Ankäufe machen, kann daher keinerlei Vorteil, wohl aber Schaden

entstehen. Es ist bedauerlich, daß die Arbeit des „Garnsterns“ deren sich jeder denkende Staatsbürger schämen sollte, kein Ende nehmen will.

Die eindringlichen Mahnungen in dem Erlasse und die Warnung, daß bei eintretender Knappheit auf die in den Haushaltungen angefallenen größeren Vorräte von Nahrungsmitteln zurückgegriffen werden müsse, werden hoffentlich genügen, um dem Unwesen zu steuern und der Entziehung großer Warenmengen vom Markte erfolgreich entgegenzuwirken.

Wir können wohl nicht in den Verdacht kommen, daß wir der Garnsterei das Wort reden wollen. Auch fällt es uns nicht ein, es zu entschuldigen. Wie war es aber bisher? Wenn zeitweilig oder in einzelnen Gegenden irgend welche Lebensbedürfnisse knapp wurden, so waren es stets die Bescheidenen und Unständigen, die darunter zu leiden hatten.

Braunwein aus Brotgetreide.

Wie wir in Nr. 12 mitteilten, hat die Reichsgetreidestelle erklärt, die den Kornbrennerien zugeflossenen 45 000 Tonnen Getreide seien wohl schon in der Hauptsache verbraucht.

Schweizerische Metallarbeiter in England.

Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht in ihrer Nr. 14 eine umfangreiche Erklärung von einem Vertreter der Firma Vidars Limited in London, worin eine verlockende Schilderung der Arbeitsverhältnisse in England enthalten ist.

Man wird nun abwarten müssen, was die schweizerischen Kollegen darauf zu erwidern haben.

Vom Ausland

Dänemark.

Steigerung der Lebensmittelpreise in Kopenhagen. Auch in den neutralen Ländern sind, wie man leicht bemerkt, infolge des Krieges die Unterhaltskosten himmelwärts gestiegen.

Table with 3 columns: Lebensmittel, Preissteigerung seit Juli 1914, and sub-columns for October 1915 and February 1916. Includes items like Bread, Butter, Milk, Eggs, etc.

Demnach sind die allernotwendigsten Lebensmittel wie Brot, Butter, Milch, Eier, etc. um 20% bis 30% teurer geworden.

Österreich.

Rekrutierung und Reservierung in Wien. Die Wiener Unternehmungen im Reservewesen hatten für das Jahr 1916 „große Dinge“ geplant.

der Löhne nicht ganz ablehnen konnten. Allerdings mußten auch die Arbeiter vorwiegend um Besserung der Löhne kämpfen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Metallarbeitergewerkschaften im Jahre 1915. Der amerikanische Arbeiterbund (American Federation of Labor) veröffentlicht alljährlich einen Rechenschaftsbericht.

Die zum Arbeiterbund gehörigen Gewerkschaften der Metallindustrie und verwandten Berufe hatten dagegen eine Mitgliederzunahme von 315 900 im Jahre 1914 auf 320 500 im Jahre 1915.

Table showing membership statistics for various metalworking organizations in 1914 and 1915. Includes categories like Aufzugbauer, Betriebsmaschinen, etc.

Von diesen 21 Organisationen hatten vier weniger als je 1000 Mitglieder, andere sechs über 1000 bis nicht ganz 10 000 Mitglieder.

Außer den zum Arbeiterbund gehörigen bestehen noch einige Metallarbeitergewerkschaften, darunter die Brüdergasse der Metallarbeiter, die dem Internationalen Metallarbeiter-Bund angeschlossen ist.

Table with 6 columns: Organisation, Streik genommen, Streik verloren, Streik beendet, Personen für die Streikfolge ergreift wurden, Kosten in Dollar. Lists various metalworking groups and their strike statistics.

Die Streikstatistik der amerikanischen Gewerkschaften ist in der Regel sehr mangelhaft. Kann besser steht es um die Statistik des Unternehmensewesens.

Table with 5 columns: Organisation, Streikbeginn in Dollar, Streikende in Dollar, Streikdauer in Dollar, Arbeitslosenunterstützung in Dollar. Lists organizations and their financial data.

Inwiefern handelt es sich zweifellos in manchen Fällen um schätzungsartige Angaben, wie etwa bei dem Streiklohn und der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes der Metallarbeiter, dem beide

Unterstützungsarten sind in diesem Verbands nicht allgemein, sondern sie werden nur von einem Teil der Ortsvereine gepflegt.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Gewerkschaftliche Frauenzeitung. Nr. 7 ist erschienen. Sie enthält: Kriegsnotgedenke und Arbeiterinnen. — Weibliche Arbeitskräfte in Gemeindebetrieben.

Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher. Von Enise Bieh. (Sozialdemokratische Frauen-Bibliothek, Heft IX.) Berlin 1916, Verlag: Buchhandlung Vorwärts.

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1916, Verlag: Buchhandlung Vorwärts.

Für die Einheit der Partei. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1916, Verlag: Buchhandlung Vorwärts.

Es lebe der Frieden! Von Philipp Scheidemann. Berlin 1916, Verlag: Buchhandlung Vorwärts. 32 Seiten. Preis der Vereinsausgabe 40 Pf., im Buchhandel 75 Pf.

Sozialistische Monatshefte. Das 6. Heft vom 30. März hat folgenden Inhalt: Wolfgang Heine: Nationale Politik.

Vorbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.) Dienstag, 11. April: Stittberge. Stiehm, halb 9 Uhr.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziselierer in Berlin C. 54, Linienstraße 83/85. Druck und Verlag von Alexander Schilke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.